

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft.

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (bei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. jährlich 18,- RM. Abrechnung 10 Rpf.). Alle Postanfragen, Verträge und Geschäftsstellen werden nach Möglichkeit entgegen genommen. Im Streit oder sonstiger Verhältnisse steht kein Anspruch auf Erklärung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abrechnung eingeleiteter Geschäftsstellen erfolgt nach dem Tarif.



Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. (einmalige, die 2-spaltige Raumzeile im ersten Teil 1 RM., Nachweisungsgebühr 20 Rpf.). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. (Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. (einmalige, die 2-spaltige Raumzeile im ersten Teil 1 RM., Nachweisungsgebühr 20 Rpf.). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.)

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 154 — 91. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Montag, den 4. Juli 1932

## Ohne Deutschland geht es nicht.

Zwei unumstößliche Tatsachen sind zum Mittelpunkt der Lausanner Tributkonferenz geworden. Einmal die Tatsache, daß Deutschland unfähig geworden ist, auch nur noch einen Pfennig an Tribut zu zahlen, und zweitens die Tatsache, daß ohne Deutschlands Wiederherstellung und Währungsstabilisierung die Welt nicht überleben kann. Das sind die beiden Tatsachen, die auch nicht mehr mit den Verdrehungsakten der französischen Diplomatie wegzuzaubern sind. Wäre die Welt nicht durch Frankreich und die Weltkriege nicht überlebt, dann hätte sie längst zur Einsicht kommen können, und es wäre uns erspart geblieben, daß erst ein langer Leidensweg der Völker, insbesondere des deutschen Volkes, der Wahrheit die Bahn freimachen mußte. In Paris, in London und auch drüben in Amerika hat man sich vor 13 Jahren den Gang der Weltgeschichte anders vorgestellt. Man muß sich einiges aus jenen Jahren ins Gedächtnis zurückrufen, wenn man die ungeheuerliche Verblendung jener Zeit erkennen will. Unsere einstigen Kriegsgegner haben alle geglaubt, sie könnten ein altes Kulturvolk von fast 70 Millionen Menschen einfach aus dem Kreis der Völker hinausdrängen und zu Elenden zu machen. Der Welt würde es ohne Deutschland besser gehen, dachte man in Paris, London und Washington. Das Wort des Tigers, des alten Deutschenbassers Clemenceau: „Es sind 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt“, ist noch in aller Erinnerung. In gleicher Zeit sagte ein englischer Staatsmann, man müsse Deutschland auspressen wie eine Zitrone, bis die Kerne quieschen. Ein Finanzberater der englischen Regierung hat sogar ausgerechnet, man könnte aus Deutschland jährlich über 20 Milliarden Mark in Gold herauspressen. Mit solchen Wahnsinnsworten wurde einst Völkern gemacht. Die Engländer meinten, sie könnten ganz gut ohne Deutschland auskommen, und träumten von ihrem Weltreich als künftigen Abgabemarkt für London. Den Franzosen genügte überhaupt, wenn in der Welt nur Franzosen existierten, und die Amerikaner verkündeten, das Evangelium der „Prosperität“, von der ständig steigenden Wohlfahrt Amerikas und der Amerikaner.

Es ist doch ein wenig anders gekommen, die Weltgeschichte hat die Träume, die aus hohlerfüllten Herzen in die Welt traten, ganz gründlich zertrümmert. Aus dem englischen Weltreichsraum ist bis heute nichts geworden, die Engländer haben einsehen müssen, daß ihre gesamten großen Kolonien ihnen nicht das erhoffte können, was sie auf dem deutschen Markt verloren haben. Das Millionenheer der englischen Arbeitslosen beweist das deutlich. Auch Paris hat allmählich einiges lernen müssen, die französischen Kurorte bemühen sich nicht weniger um den deutschen Kunden als der französische Kaufmann, und die großen Pariser Hotels versprechen sogar freie Reise von Deutschland nach Paris und zurück, wenn sich der deutsche Gast verpflichtet, eine bestimmte Zeit in dem betreffenden Hotel zu wohnen. In Italien hat sich die Stimmung gegenüber Deutschland unter dem Druck der Verhältnisse so sehr gewandelt, daß die italienischen Staatsmänner die deutsche Forderung nach Streichung der Tribute in Lausanne glatt unterstützen.

Die bitterste Lehre aber haben die Amerikaner bekommen. Jahrelang haben sie unbekümmert um die Vernichtungspolitik des Versailles Vertrages fröhlich drauflos gelebt, und die Statistiker haben schon ausgerechnet, wann es möglich sein würde, jedem Neugeborenen der Vereinigten Staaten sein Auto neben die Wiege zu stellen. Was kümmerte sie Europa, was kümmerte sie deutsche Not! Der Amerikaner fühlte sich allein auf der Welt. Vermessenheit hat noch immer in der Weltgeschichte ihre Strafe gefunden. Auch der Amerikaner ist ihr nicht entgangen, und die zehn Millionen Arbeitslosen werden sich heute über die Gläubigervorschläge der amerikanischen Abzugsabrechnung ihre eigenen Gedanken machen. Auch die amerikanischen Politiker haben einiges dazu lernen müssen. Vor einiger Zeit hat der amerikanische Minister des Innern vor dem Parlament folgenden bemerkenswerten Ausspruch getan: „Ich erkläre hiermit, wenn Deutschland bankrott geht, den anderen europäischen Ländern und auch den Vereinigten Staaten das gleiche Schicksal droht!“ Offener kann man nicht eingestehen, daß es ohne Deutschland einfach nicht geht. Wenn es ein Land allein schaffen könnte, dann müßte es Amerika sein. Hat es nicht den größten Goldvorrat der Welt, hat es nicht alle Naturkräfte im Lande, die die Industrie braucht, hat es nicht Lebensmittel in ungeheurer Fülle? Und doch müssen Millionen hungern. Man hat drüben einen Wirtschaftsgeneralsstab eingesetzt mit dem genügend bekannten General Dawes an der Spitze, man hat den Generalsstab mit Geld und mit Vollmachten versehen; aber er hat nichts erreicht. Das Geschäftsleben ist immer weiter verabschiedet. General Dawes hat wohl eingesehen, daß es leichter ist, einem wehrlosen Volke einen Tribut auszuhebeln, als mit den Folgen der Tributentziehung fertig zu werden. Die Milliardensummen, die Amerika künstlich in das Wirtschaftsleben hineingepumpt hat, blieben zum größten Teil in den Banken liegen, denn es fanden sich keine Unternehmungen —, keine

## Die letzten Forderungen der Gläubiger

### Ein unannehmbarer Vorschlag.

In Lausanne ging der Endkampf nicht mehr um die Endlösung, sondern um die Grundlage für weitere Verhandlungen. Als die ersten Nachrichten über den Plan der Gläubigermächte bekannt wurden, war es klar, daß sie bedeutende Abänderungen erfahren mußten, ehe Deutschland sich bereiterklären konnte, auf dieser Basis zu verhandeln. Denn der Gläubigerplan enthielt nach englischen Mitteilungen folgende Einzelheiten:

#### Das sofort eintretende

Moratorium für Deutschland wird auf drei Jahre festgesetzt. Nach dem Ablauf dieser drei Jahre soll der Verwaltungsrat der Baseler W.B. den Zeitraum festlegen, innerhalb dessen die Unterbringung der von der deutschen Regierung zu gebenden Reichsbahnobligationen

endgültig erfolgen soll. Von englischer Seite ist versucht worden, die Klauseln, die den Zusammenhang zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Tributzahlungen betreffen, so elastisch und lose wie möglich zu gestalten, um der deutschen Regierung die Annahme dieses Gesamtvorschlages zu ermöglichen. Auf englischer Seite behauptet man, sich auf bestimmte diplomatische Zusicherungen von amerikanischer Seite zu stützen, nach denen eine allgemeine Regelung der Tributfrage in Lausanne die amerikanische Regierung

zu einem weitgehenden Entgegenkommen in der interalliierten Schuldenfrage führen und damit eine Gesamtregelung aller politischen Schuldenprobleme ermöglichen würde. Ferner bestand auf englischer Seite die Absicht, den deutschen Forderungen auf

#### Streichung des die Tribute behandelnden Teiles

des Versailler Vertrages in der Weise entgegenzukommen, daß in das Schlussprotokoll der Konferenz eine Erklärung aufgenommen wird, daß entsprechend dem Wunsch des Präsidenten der Konferenz, MacDonald, politische Fragen auf der gegenwärtigen Konferenz nicht mehr entschieden werden können und daher die Mächte sich in diesen Fragen ihre Handlungsfreiheit vorbehielten. Auf diese Weise glaubte man auf englischer Seite die Ausrottung dieser Fragen für Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Dieser Vorschlag konnte von deutscher Seite nicht als annehmbare Verhandlungsgrundlage angesehen werden, da nach ihm der gegenwärtig bestehende

#### Zustand der Unsicherheit und Ungewissheit

weiter fortbestehen bleiben würde. Ferner würde durch den Gläubigervorschlag eine unmittelbare Verbindung zwischen der Regelung der Tributfrage und der interalliierten Schulden hergestellt werden, die für Deutschland nicht besteht und nicht anerkannt werden kann. Durch diesen Vorschlag würde auch nicht das von der deutschen Regierung angestrebte Ziel erreicht werden, daß nunmehr eine

#### sofortige endgültige Vereinigung der gesamten Tributfrage

eintritt. In dem Vorschlag fehlte außerdem die Streichung des Kapitels 8 des Versailler Vertrages mit den Bestimmungen über die Kriegsschuldsätze und die Tribute.

### Deutschland lehnt den Gläubigervorschlag ab.

Der Vorschlag der Gläubiger, der eine Restzahlung von vier Milliarden Mark als Höchstsumme, ein dreijähriges Moratorium und die Abhängigkeit dieser Tributregelung von dem Zustandekommen einer Schulden-

guten natürlich —, die mit den Krediten ihre Geschäfte erweitern wollten. Im reichen Amerika ist es heute so, daß Städte wie Chicago nicht mehr genügend Geld für die Bezahlung ihrer Beamten zusammenbringen, die Regierung in Washington hat den merkwürdigen Plan gefaßt, ein Drittel der Staatsbeamten zwangsweise auf einen unbezahlten Monatsurlaub zu schicken, die Haushaltsrechnung hat mit dem ungeheuren Fehlbetrag von 3700 Millionen Dollar, rund 15 Milliarden Mark, abgeschlossen.

So könnte man noch an unzähligen Beispielen zeigen, daß es mit dem Gläubigerplan der Amerikaner und ihrer Freunde in Paris und London gründlich aus ist. Der Gang der Weltgeschichte hat den Vätern auf dem Weg über Not und Elend zum Bewußtsein gebracht, daß man ein Volk von 70 Millionen Menschen nicht zu Elend machen kann. Ohne Deutschland wird die Welt nicht wieder genesen!

einigung mit Amerika vorsieht, wurde der deutschen Abordnung offiziell überreicht.

Die Besprechungen zwischen den deutschen Ministern und den Gläubigermächten über den gemeinsamen Vorschlag der fünf Mächte zur Regelung der Tributfrage haben am frühen Sonntagmorgen begonnen. MacDonald hat in der Unterredung den Reichsfinanzminister und den Reichsaussenminister über die wesentlichen Punkte des Vorschlages der Gläubigermächte unterrichtet.

In dieser Unterredung ist von deutscher Seite den Gläubigermächten mitgeteilt worden, daß der Vorschlag der Gläubigermächte in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar sei. Auf deutscher Seite ist wiederum mit voller Bestimmtheit erklärt worden, daß eine Verbindung der Tributfrage mit der interalliierten Schuldenfrage, der Vorschlag eines Höchstbetrages für die Abzahlung von 4,2 Milliarden und die vorgeschlagene Sicherheitsbedingung für die Ausgabe der Bonds der deutschen Regierung nicht annehmbar wären. Ein Gegenvorschlag ist von deutscher Seite nicht erfolgt.

Die deutschen Minister haben sich darauf beschränkt, ihren grundsätzlichen Standpunkt MacDonald zum Ausdruck zu bringen.

#### Englischer Vermittlungsversuch.

Nach der Unterredung mit den deutschen Ministern fand bei MacDonald eine Besprechung der fünf Gläubigermächte statt, in der der deutsche Standpunkt erörtert worden ist. Auf englischer Seite sind starke Bestrebungen im Gange, den Gläubigervorschlag in Sinne des deutschen Standpunktes abzuändern. Es verliert, daß die englische Regierung sich bereit gefunden hat, die ursprüngliche Summe von 4,2 Milliarden erheblich herabzusetzen. Ebenso soll in der Frage des Zusammenhangs zwischen der Tributfrage und den interalliierten Schulden eine weitgehende Abänderung des bisherigen Textes vorgenommen werden. Man rechnet mit dem Abschluß der Lausanner Konferenz nicht vor Mitte oder Ende dieser Woche.

#### Amerika für Endregelung.

Von hoher amerikanischer Regierungsseite wird erklärt, daß Amerika eine Endregelung der Tributfrage in Lausanne für unerlässlich ansehe und daß es nach wie vor gegen eine Verquickung der Tribut- und der Schuldenfrage ist.

## Neuer französischer Störungsversuch Scharfe deutsche Zurückweisung.

Lausanne, 3. Juli. Von maßgebender französischer Seite wurden am Sonntag oben Mitteilungen verbreitet, nach denen die deutschen Vertreter in der Unterredung mit MacDonald einen neuen Plan zur Regelung der Tributfrage vorgelegt haben sollen, der eine gänzlich neue Regelung vorschläge und in schroffem Gegensatz zu dem Vorschlag der Gläubigermächte stehe. Die deutsche Abordnung soll jetzt vorgeschlagen haben, im Fall der endgültigen Streichung der Tribute eine Restzahlung in Höhe von 2 Milliarden Mark vorzunehmen; sie jedoch, entgegen der bisherigen deutschen Stellungnahme, in 10 Jahresraten zu 100 Millionen abgetragen werden solle. Durch diesen neuen Vorschlag sei für die französische Regierung eine vollständig neue Lage geschaffen worden, so daß eine neue Stellungnahme von französischer Seite erforderlich geworden sei.

Die Mitteilungen von französischer Seite, nach denen Deutschland als Restzahlung für die endgültige Regelung der Tribute zehn Jahresraten in Höhe von 100 Millionen vorgeschlagen habe, können ausdrücklich als vollständig falsch bezeichnet werden. Ein derartiger Vorschlag ist nicht gemacht worden. In den Verhandlungen sind lediglich verschiedene rechtliche Möglichkeiten erwogen worden.

Zu diesen Möglichkeiten wird von deutscher Seite folgendes ausdrücklich festgestellt. Ein Plan oder ein Vorschlag ist in der heutigen Unterredung der deutschen Vertreter mit MacDonald weder in mündlicher noch in schriftlicher Form erfolgt. Die deutschen Vertreter haben lediglich zu den von MacDonald vorgelegten Vorschlägen der Gläubigermächte den bekannten deutschen Standpunkt vertreten und insbesondere dargelegt, bis zu welcher Grenze und unter welchen Bedingungen die deutsche Regierung sich an der bereits ausgelagerten positiven Mitarbeit am Wiederaufbau Europas beteiligen könne. In den Besprechungen am Sonntag ist ferner von deutscher Seite der bekannte deutsche Standpunkt vertreten worden, daß jede Klausel über den Zusammenhang zwischen der Tributfrage und der interalliierten Schuldenfrage von der deutschen Regierung auf das entschiedenste abgelehnt wird, daß irgendwelche zukünftigen Zahlungen nicht als Tributzahlungen, sondern nur als Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Europas erfolgen